

## Dresden nazifrei!

Am 13. Februar 2010 jährt sich zum 65. Mal der Beginn der alliierten Luftangriffe, die innerhalb von zwei Tagen das alte Dresden zerstörten. Nach über 5 Jahren war der Krieg, der am 1. September 1939 mit dem faschistischen Überfall auf Polen begonnen hatte, in Dresden angekommen. Tausende starben im Bombenhagel.

Seit 1990 versuchen Geschichtsrevisionisten, Alt- und Neonazis, den Gedenktag an die Opfer des Angriffs für ihre Propaganda zu nutzen. Auch in diesem Jahr planen rechtsextremistische Gruppen einen Aufmarsch in Dresden, für den europaweit in Nazi-Kreisen mobilisiert wird.

Wie in den vergangenen Jahren mobilisieren Antifaschistinnen und Antifaschisten in Dresden und darüber hinaus zu Gegenaktivitäten. 2010 bildete sich u. a. ein Bündnis „Dresden nazifrei!“, das auch dazu aufrief, mit zivilem Ungehorsam und friedlichen Blockaden den Nazi-Aufmarsch in Dresden zu stoppen. An vielen Orten, so auch am 8. Mai 2005 in Berlin, konnten mit solch friedlichen Aktionen Nazi-Demos verhindert oder beendet werden. Für mich ist das Teil des „Aufstandes der Anständigen“, der im parteiübergreifenden Konsens 2001 gefordert wurde. Für die Dresdner Staatsanwaltschaft dagegen war das Grund genug, um mit Durchsuchungen und Internetzensur gegen das Bündnis vorzugehen.

Wir wollen nicht wegsehen, sondern eingreifen! Deshalb fahren wir am 13. Februar nach Dresden. Fahren Sie mit! Informationen dazu finden Sie auf unserer Internetseite ([www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)) oder per Telefon unter 24 0 09 289.

■ Carsten Schatz, Landesgeschäftsführer



Foto: DIE LINKE im Bundestag

**Eine Doppelspitze für DIE LINKE:** Gesine Löttsch wurde gemeinsam mit Klaus Ernst für den Vorsitz der Partei DIE LINKE vorgeschlagen. Die Wahl erfolgt auf dem Bundesparteitag am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock.

## Klären, was DIE LINKE will und kann

Ursprünglich sollte an dieser Stelle von den vielen Erfolgen im vergangenen Jahr die Rede sein und davon, wie wir in den kommenden Monaten darauf aufbauen wollen. Doch angesichts der wochenlangen Personaldebatten in der LINKEN müssen wir feststellen: Der Start ins neue Jahr wurde gründlich verpatzt. Damit meine ich nicht in erster Linie, dass mit Oskar Lafontaine und Dietmar Bartsch zwei führende Persönlichkeiten, die unbestritten beide großen Anteil an den bisherigen Erfolgen der LINKEN haben, nicht wieder kandidieren werden. Das ist bedauerlich, aber zu respektieren. Verpatzt wurde der Auftakt, weil es nicht geschafft wurde, dass diese Wechsel ohne öffentliche Beschädigungen stattfinden konnten.

Gregor Gysi sprach beim Jahresauftakt von einem Klima der Verdächtigung und Denunziation, das in Teilen der Partei entstanden sei. Ich füge hinzu: Dieses Klima konnte gedeihen, weil es uns nach den Bundestagswahlen nicht gelungen ist, auf breiter Grundlage eine offene Debatte über unsere programmatischen Positionen und strategischen politischen Optionen zu führen. Das muss jetzt begonnen werden und die jetzt dem Parteitag vorgeschlagenen Personen werden sich daran messen lassen müssen, ob sie bereit und in der Lage sind, diese notwendigen Diskussionen in einem demokratischen Verfahren zu

führen und zu leiten.

Unabhängig davon haben wir in Berlin in diesem Jahr viel zu tun. Das von der rot-roten Koalition Anfang dieses Jahres beschlossene fortschrittliche Schulgesetz muss praxistauglich umgesetzt werden. Wir müssen uns der Angriffe der Bundesregierung auf den ÖBS erwehren und wollen Brandenburg helfen, ihn bei sich einzuführen. Wir müssen bei der Neustrukturierung der Jobcenter darauf achten, dass die ALG-II-Empfänger nicht die Leidtragenden einer verpfuschten Gesetzgebung werden. Wir wollen als erstes Bundesland ein Klimaschutz- und ein Integrationsgesetz auf den Weg bringen. Wir wollen weiter für die Rekommunalisierung der Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge und für deren Transparenz streiten. Wir werden darüber zu diskutieren haben, wie wir sozial verträgliche Mieten überall in der Stadt gewährleisten können und noch viel mehr. Und wir müssen unser politisches Profil schärfen und unsere Vorhaben für die nächsten Jahre diskutieren. Denn 2011 wird in Berlin wieder gewählt und wir werden gemessen: an unserer Arbeit, an unseren Zielen und auch daran, wie wir öffentlich miteinander umgehen. Und nicht nur in dieser Hinsicht müssen wir dann deutlich besser sein.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

## Thema:

### Karci rückt für Bluhm in Fraktion

Kadriye Karci ist neues Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus. Die diplomierte Philosophin und Juristin rückt für Carola Bluhm nach. Carola Bluhm war am 15. Oktober 2009 zur Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales ernannt worden und hatte ihr Mandat niedergelegt. Kadriye Karci wurde 1961 in Salihli (Türkei) geboren. Sie kam 1985 als politischer Flüchtling in die DDR, nachdem sie gezwungen war, ihre Heimat als Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei der Türkei zu verlassen. Karci ist seit 1996 Mitglied der PDS und heutiger LINKEN.

### Berlin mit bester Beschäftigungsbilanz

Mit einem Zuwachs an Erwerbstätigen von 1,6 Prozent erzielte Berlin 2009 die beste Bilanz aller Bundesländer. Der Zuwachs basierte vor allem auf einem Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Senator Harald Wolf warnte aber vor verfrühtem Optimismus: „Selbst bei einem leichten Wirtschaftswachstum im Jahr 2010, das aus heutiger Sicht in Berlin etwa 1 Prozent betragen könnte, befindet sich der Arbeitsmarkt nach wie vor unter Anpassungsdruck.“

### Gespräche zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes

Senatorin Katrin Lompscher hat sich mit Vertretern der Kirchen, Gewerkschaften und des Handels zu einem Spitzengespräch getroffen. Anlass war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Ladenöffnung an vier Adventssonntagen in Frage stellte. Zwischen den Gesprächsteilnehmern bestand Konsens darüber, dass in den künftigen Verwaltungsverfahren die Gründe des Verfassungsgerichts hinreichend berücksichtigt werden müssen. Anregungen aus dem Gespräch, wie der Verzicht auf die Öffnung an zwei Sonntagen hintereinander, will Lompscher bei der Überarbeitung des Gesetzes berücksichtigen. Der Gesetzentwurf soll zügig in den Senat eingebracht werden.

## Eine echte Chance für Langzeitarbeitslose

### Trotz schwieriger Bedingungen geht der ÖBS in Berlin weiter und in Brandenburg beginnt der Einstieg

Wie kein zweites linkes Projekt steht der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) im Kreuzfeuer der Kritik. Die Opposition lässt nichts unversucht, ihn schlechtzureden. Die Grünen finden ihn zu teuer, obwohl auch der Berliner Finanzsenator Nußbaum nachgerechnet hat, dass das Land für eine ÖBS-Stelle nur 279 Euro mehr ausgeben muss, als ein Erwerbsloser kostet. Die FDP spricht gar von 7.500 „privilegierten Arbeitslosen“. Und dass er nun scheitert, wird angesichts neuer bundespolitischer Entscheidungen gern prognostiziert. In der Tat erfordern die Vorgaben der Bundespolitik ein hohes Maß an landespolitischer Flexibilität, um weiterhin zu ermöglichen, dass Erwerbslose gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit leisten können, die ihnen neue berufliche Perspektiven eröffnet. Und das in regulären Beschäftigungsverhältnissen zu Tariflöhnen. In Berlin wird das auch künftig so bleiben und in Brandenburg beginnt die rot-rote Landesregierung jetzt mit dem Aufbau des ÖBS. Für den Berliner ÖBS wurden bislang in erster Linie das Arbeitsmarktinstrument BEZ (Beschäftigungszuschuss §16 e SGB II) des Bundes als Grundfinanzierung genutzt und die Stellen mit Landesmitteln auf Tarif- bzw. Mindestlohnhöhe aufgestockt. Über dieses Instrument werden die schon bewilligten Stellen auch weiter laufen. Doch für neue ÖBS-Stellen werden wir künftig ein anderes arbeitsmarktpolitisches

Instrument des Bundes nutzen müssen. Zukünftig werden wir endlich auch die Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante (AGH-E) nutzen und aus Landesmitteln aufstocken können. Bei der AGH-E ist es – anders als beim BEZ – nicht mehr Voraussetzung, dass die Langzeitarbeitslosen mehrere sogenannte Vermittlungshemmnisse aufweisen müssen. Damit wird der ÖBS für Hartz-IV-Beziehende leichter zugänglich.

Nichtsdestotrotz wird es zunächst schwierig werden, neue ÖBS-Stellen einzurichten, da die Haushaltsmittel der Regionaldirektion und damit auch der Jobcenter unter Vorbehalt stehen, bis der Bundeshaushalt 2010 voraussichtlich im März verabschiedet ist. Erst danach können neue Stellen bewilligt werden. Dass es trotz der Einsparungen und des erneuten Kurswechsels auf Bundesebene gelingt, den ÖBS in Berlin weiter- und in Brandenburg einzuführen und damit einen anderen Weg als der Bund zu beschreiten, ist dem Zusammenwirken der beiden Landesregierungen gegenüber der Regionaldirektion zu verdanken. Rot-Rot bietet also echte Chancen für Langzeitarbeitslose statt 1-Euro-Jobs.

■ Elke Breitenbach, MdB, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus



**Zum dritten Mal mit dabei auf der Grünen Woche:** Bundestagsfraktion DIE LINKE. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gesine Lötzsch mit jungen Besucherinnen am Stand. Mit dem Thema „faire Milch“ traf DIE LINKE den Nerv der Zeit. Sie gab Antworten zu drängenden Fragen in der Milchpolitik, zur gesunden Ernährung und zum Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften.



„Demhanistan“ – sommagabe auf.

Foto: Elke Brosow

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen den Überwachungsstaat

## Bürger: Schützt eure Angaben!

### Nötig ist ein modernes Datenschutzrecht des 21. Jahrhunderts

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde legendär. Seine Begründung war weitreichend. Sinngemäß: Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr wissen oder nicht mehr wissen können, wer was über sie weiß, sind nicht mehr souverän. Wer als Person nicht mehr souverän ist, kann als Bürger kein Souverän sein. Eine Demokratie ohne Souveräne aber kann es nicht geben.

Allgemein spricht man vom „Volkszählungsurteil“. Es stammt aus dem Jahre 1983. Es begründete den Datenschutz als verbrieftes Grundrecht. Damals zählte man „sein“ Volk noch mit dem Kuli auf Karteikarten vor der Haustür. Heute prägen Handys und Laptops den ganz normalen Alltag und damit die Gefahr, allerorten ins Visier eifriger Datensammler zu geraten. Noch nie war das technische Überwachungspotenzial so groß wie heute. Und die Begehrlichkeiten, intimste Daten über immer mehr Bürgerinnen und Bürger zu erheischen, wuchern – von Staats wegen und von privat. Leider schießen Leichtsinns und Gutgläubigkeit ebenso ins Kraut. Dabei hatte das Verfassungsgericht doch drängend gemahnt: „Bürger, schützt eure Angaben!“

In derselben Pflicht steht der Bundestag. Seit Jahren drängen wir auf ein modernes Datenschutzrecht, das dem 21. Jahrhundert gerecht wird. Bislang vergebens. Vielmehr werden immer neue Großprojekte aufgelegt, die den Datenschutz – und damit die Demokratie – gefährden. Hinzu kommen internationale Abkommen, die vermeintlich der Sicherheit dienen. Beispiel 1, das Fluggastdatenabkommen: Wer in die

oder über die USA fliegen will, muss prophylaktisch über 35 persönliche Daten preisgeben.

Beispiel 2, ELENA: Alle lohnrelevanten Daten werden zentral auf Abruf gespeichert, dazu könnte auch gehören, wer wann gestreikt hat.

Beispiel 3, die Anti-Terror-Datei: Die Daten aller, die – warum auch immer und von wem auch – verdächtigt werden, landen in einer Zentral-Datei.

Natürlich ist nicht jede Datenerhebung a priori Teufelszeug. Aber es gibt zwei Reizwörter, bei denen sollten alle Alarmglocken schrillen: „Vorratsdatenspeicherung“ und „Zentraldatei“. Vorratspeicherung bedeutet, dass persönliche Daten prophylaktisch erfasst werden, ohne Verdachtsmoment, frei nach dem Motto: „Man weiß ja nie, was noch kommen wird.“ Zentraldateien wiederum bergen erhöhte Gefahren, da „Diebe“ mit vergleichsweise geringem Aufwand aller angehäuften Daten habhaft werden können. Und alle Erfahrungen lehren, ein Tresor, der unknackbar ist, wurde noch nicht erfunden. Der Chaos-Computer-Club hat erst jüngst sämtliche Sicherheitsvorkehrungen auf einem Großflughafen außer Kraft gesetzt.

■ Petra Pau, MdB

PS: Die Bundesarbeitsgemeinschaft „BürgerInnenrechte und Demokratie“ lädt rund um den 11.09. 2010 zur 2. Datenschutzkonferenz der LINKEN ein.

### Vorratsdatenspeicherung

Seit einem Jahr werden alle Telekommunikations-Verbindungsdaten auf Vorrat gespeichert: Wer hat wann von wo mit wem telefoniert, wem eine SMS oder E-Mail geschickt oder wann welche Webseite im Internet aufgerufen? Dagegen läuft eine Klage beim Bundesverfassungsgericht.

### Elektronische Gesundheitskarte

Die elektronische Gesundheitskarte soll die Kommunikation zwischen Ärzten, Kassen und Apotheken modernisieren. Zahlreiche Ärztekammern weigern sich, sie einzuführen, zumal der wirtschaftliche Nutzen genull geht, die Kosten aber bei den Versicherten landen werden.

### Swift-Abkommen

Das Abkommen erlaubt US-Geheimdiensten Zugriff auf alle Kontenbewegungen von Bürger/innen der Europäischen Union. Es wurde im November 2009 von der EU-Kommission gegen den Protest des EU-Parlaments und trotz Widerspruchs aus dem Bundestag ausgehandelt.

### Videoüberwachung

Erprobt werden „intelligente“ Videokameras. Sie sollen einzelne Personen inmitten eines Pulks erkennen können. Voraussetzung ist, dass das Kamerasystem auf Vergleichsbilder aller Bürger/innen zugreifen kann. Kritiker sehen darin den tieferen Sinn elektronischer Passbilder.

### Fluggastdaten

Seit längerem müssen Passagiere, die in oder über die USA fliegen wollen, umfangreiche persönliche Daten vorab melden. Dazu gehören auch politische, religiöse und kulturelle Angaben zur Person. Innenminister der EU-Staaten planen, dasselbe System künftig auch für Flüge innerhalb der EU anzuwenden.

### Hartz IV

Wer Arbeitslosengeld II beantragt, muss 150 bis 180 Daten über sich und sein persönliches Umfeld preisgeben. So entsteht über Jahre hinweg eine riesige Datenbank. Sie wird lediglich von „Elena“ übertroffen, einem neuen System, mit dem sensible Daten aller Bürgerinnen und Bürger erfasst werden sollen.

## Termine:

9. Februar  
Neue Aufgaben für Zivilgesellschaft und linke Medien

### 100 Tage neben der Spur – Schwarz-Gelb regiert am Bürgerwillen vorbei

Mit Gabriele Oertel, Neues Deutschland; Arnold Schölzel, junge Welt; N.N., tageszeitung und N.N., Freitag  
Eintritt: 1,50 Euro  
19.30 Uhr, tazcafé, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

15. Februar  
Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Berlin lädt ein:  
Klaus Lederer im Gespräch mit Dr. Irene Runge

### 20 Jahre plus fünf – der Jüdische Kulturverein.

Zwei Anfänge und ein Ende.  
18 Uhr, Salon Cuba Klassik, Leipziger Str. 61, 10117 Berlin

17. Februar  
**S-Bahn am Ende? Was ist zu tun?**  
Mit Heiner Wegner, Vorsitzender des Betriebsrates der S-Bahn Berlin GmbH, Jutta Matuschek, MdA, DIE LINKE, Winfried Wolf, Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag  
19 Uhr, BVV-Saal, Rathaus Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin

## Impressum:

DIE LINKE.  
Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 27. 1. 2010

## Kalenderblatt: 11. Februar 1990

# Nelson Mandela wird nach 28 Jahren aus der Haft entlassen

„Die Macht gehört uns! Afrika.“

Geboren am 18. Juli 1918, engagierte sich Nelson Mandela schon während seines Jura-Studiums gegen die Apartheid und wurde Mitbegründer des ANC-Jugendverbandes.

1952 eröffnete er mit seinem Partner Oliver Tambo die erste schwarze Anwaltskanzlei.

Nach dem Sharpsville-Massaker von 1960, als das Apartheid-Regime unbewaffnete schwarze Demonstranten erschießen ließ und in der Folge der ANC verboten wurde, wurde der militärische Zweig des ANC gegründet. Nelson Mandela leitete die militärische Ausbildung, war mehrfach im Ausland, wurde 1961/1962 in mehreren Prozessen zu kurzzeitigen Gefängnisstrafen verurteilt.

1964 wurden Mandela und fast die gesamte ANC-Spitze zu lebenslanger Haft verurteilt und auf die Gefängnisinsel Robben Island verbracht. Unter ausgesprochen harten und entwürdigenden Bedingungen mussten sie Zwangsarbeit im Steinbruch leisten, hatten fast keinen Kontakt zur Außenwelt. 12 Briefe im Jahr unter strenger Zensur, ein Besuch in 6 Monaten waren erlaubt. Die Gefangenen erkämpften sich bessere Haftbedingungen und bauten ein Bildungssystem für Mitgefangene auf. In diese „Mandela-Universität“ wurde auch weißes Bewachungspersonal einbezogen. 1982 erfolgte die Verlegung Mandelas von Robben

Island ins Hochsicherheitsgefängnis von Pollsmoor. Mandela schlug Freilassungsangebote, die unter dem Druck der Weltöffentlichkeit unterbreitet wurden, aus, weil die Bedingung das Abschwören von seinen politischen Überzeugungen und von Gewalt sein sollte. Mandela sagte, er könne nur mit der Gewalt aufhören, wenn auch die Regierung mit der Gewalt aufhört. 1988 wurde er – unter gelockerten Haftbedingungen – in ein Gefängnis in die Nähe von Paarl bei Kapstadt verlegt.

Frederik Willem de Klerk, Präsident von Südafrika, verfügte die Entlassung Mandelas am 11. Februar 1990. In seiner historischen Rede nach der Freilassung sagte Mandela „Die Macht gehört uns! Afrika.“ Von 1991 bis 1997 war Nelson Mandela Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses ANC. Er wurde im Mai 1994 Präsident der Republik Südafrika. Wichtige Säulen seiner Versöhnungsstrategie waren die Bildung der Regierung der nationalen Einheit (Government of National Unity – GNU) und die Gründung der „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ zur Aufarbeitung der Apartheid-Geschichte.

1993 wurden Nelson Mandela und Frederik Willem de Klerk für ihr Bürgerrechtsengagement gegen Apartheid gemeinsam mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

■ Annegret Gabelin

# SERVICE

**LIMA**

7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz



ZEICHEN  
SETZEN

LIMA arena

LIMA campus

LIMA digital

LIMA radio

online camp

LIMA themes

LIMA work shop

LIMA we get

LIMA network

LIMA youth

»Frontalunterricht hält niemand, vielmehr wird an praktischen Beispielen diskutiert.« (taz zur 6. Akademie)

Die jährlich stattfindende Linke Medienakademie LIMA ist ein Muss für linke und alternative MedienmacherInnen. Maßgeschneiderte Kurse für Starter, Fortgeschrittene und Experten sorgen für eine angenehme familiäre Atmosphäre, in der man gerne lernt, Erfahrungen austauscht und Netze knüpft. **Jetzt Tickets zum günstigen Frühbucher-Preis kaufen!**

Medien kompetent nutzen, gestalten & diskutieren

Berlin 10. - 14. März 2010  
[www.lima-akademie.de](http://www.lima-akademie.de)

LIMA partner

**der Freitag**  
Die Meinungszeitung

**die tageszeitung**

## Mandatsträgerbeiträge 2009 (in Euro)

Albers, Wolfgang 4.200; Baba-Sommer, Evrim 4.200; Barth, Margrit 4.200; Bluhm, Carola 7.100; Brauer, Wolfgang 3.200; Breitenbach, Elke 4.200; Doering, Uwe 5.040; Dott, Minka 3.150; Flierl, Thomas 4.200; Fritsch, Rainer-Maria 550; Heuer, Jens-Peter 6.600; Hiller, Gabriele 4.200; Hoff, Benjamin-Immanuel 6.600; Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel 4.200; Klemm, Gernot 700; Knake-Werner, Heidi 9.600; Lederer, Klaus 4.200; Leuschner, Petra 4.950; Liebich, Kerstin 6.600; Liebich, Stefan 3.850; Lompscher, Katrin 9.600; Matuschek, Jutta 3.360; Michels, Martina 4.620; Nehring-Venus, Almuth 6.600; Platta, Marion 4.200; Sayan, Giyasettin 2.750; Schulze, Steffi 0; Seelig, Marion 5.040; Wechselberg, Carl 1.050; Weiß, Mari 4.200; Wolf, Harald 9.600; Wolf, Udo 5.150; Zillich, Steffen 4.200; Zotl, Peter-Rudolf 4.800



Foto: Archiv